

## EINSTIMMIG ANGENOMMEN

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 13.02.2019, folgende

Bezirksvorsteherung des 21. Bezirkes

01. FEB. 2019

Zahl: 79952/19

## RESOLUTION

**Die Bezirksvertretung Floridsdorf spricht sich gegen die Errichtung einer Moschee des „Zentrum der Islamischen Kultur Imam Ali“ aus Gründen der Antisemitischen und radikal Schiitischen Umtriebe deren Verantwortungsträger aus.**

Die Schiitischen Moscheebetreiber und Ihr Imam, Erich Muhammed Waldmann, sind in der Vergangenheit mit Antisemitischen Aktionen, Veranstaltungen und Aussagen immer wieder aufgefallen. Der Imam dieser Moschee gehört zu den Hauptrednern des alljährlichen antiisraelischen Al-Quds-Marsch, welcher 1979 vom iranischen Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei, unter dem Vorwand Israel zu zerstören und es von der zionistischen Besatzung zu befreien, ins Leben gerufen wurde.

Das iranische Regime, das sich mit der Finanzierung der Hisbollah und den dadurch verbundenen Terror in Israel brüstet, ist mit seinen in Wien ansässigen Institutionen auch der Organisator der Demonstrationen rund um den „Al-Quds-Tag“, bei denen es wiederholt zu antisemitischen Übergriffen durch Demonstrationsteilnehmer kam.

Ein Leitmotiv der radikal-antiwestlichen iranischen Außenpolitik ist die in der iranischen Verfassung deklarierte Islamisierung der westlichen Nationen („Export der islamischen Revolution“). Proiranische Einrichtungen in Österreich sind grundsätzlich Instrumente der iranischen Staatsführung und vertreten deren theokratische Staatsdoktrin. Sie repräsentieren damit eine Werteordnung, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist.

Durch die Errichtung dieser Moschee würde Floridsdorf nicht nur Austragungsort von antisemitischen und homophoben Veranstaltungen werden, der Bezirk stünde künftig auch im Brennpunkt einer radikal-antiwestlichen iranischen Außenpolitik mit all seinen Äußerungen („...zum Kampf gegen dass Krebsgeschwür ISRAEL...“), die Absprache deren Existenzrechte, sowie die Leugnung des Holocaust.

**Die Mitglieder der Bezirksvertretung Floridsdorf sind sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung bewusst und beziehen ganz klar Stellung gegen Antisemitismus und distanzieren sich von allen Sympathisanten, Anhänger und Organisationen die sich - in welcher Form auch immer - zu menschenverachtenden Regimen bekennen.**



KO BezR. Thomas BERL